

Ost-West-Sicherheit oder Palme 2.0

Wolfgang Schwarz

Gegen Ende des ersten Kalten Krieges, 1990, war das Wissen darum, dass die Verteidigung der eigenen Sicherheit mit militärischen Mitteln, sollte es zu einem Atomkrieg kommen, mit ziemlicher Sicherheit zur Zerstörung all dessen führen würde, was verteidigt werden sollte, international weit verbreitet. Das war im Hinblick auf nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung in zielführendem Maße handlungsleitend. Seit 1979 hatte sich die – neben der Kubakrise von 1962 – vielleicht heißeste Phase des Kalten Krieges entwickelt. Gegen atomare SS-20-Mittelstreckenraketen der UdSSR hatte die NATO beschlossen, ab 1983 mit eigenen Kernwaffensystemen nachzurüsten. Unter diesen Bedingungen nahm 1982, geleitet vom seinerzeitigen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, eine internationale Kommission für Abrüstung und Sicherheit aus Vertretern von West und Ost sowie aus Entwicklungsländern ihre Arbeit auf. Westdeutscher Experte war Egon Bahr, aus Moskau nahm Georgij Arbatow teil, ein führender Westexperte des Kremls, und aus den USA Cyrus Vance, ein früherer Außenminister.

Gemeinsame Sicherheit

Aus der gegenseitigen atomaren Vernichtungsfähigkeit von West und Ost folgte die Palme-Kommission den Grundgedanken der *Gemeinsamen Sicherheit*: „In einem Atomkrieg besteht keinerlei Aussicht auf einen Sieg; beide Seiten würden gleichermaßen (...) betroffen. Sie können nur gemeinsam überleben. Beiden Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm.“ Das bedeutete:

Sicherheit dauerhaft zu erlangen setzt voraus, dem potentiellen Gegner gleiche Sicherheit zuzugestehen, um Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen als unabdingbare Voraussetzung für Zusammenarbeit zu schaffen.

Sicherheit zu gewährleisten erfordert nicht nur, die legitimen Sicherheitsinteressen der anderen Seite verbal anzuerkennen, sondern Maßnahmen zur Wahrnehmung der eigenen Sicherheitsinteressen so zu treffen, dass denen der anderen Seite kein Schaden zugefügt wird.

Sicherheit kann nicht länger durch Anwendung militärischer Gewalt oder auf der Grundlage von Konzepten gewährleistet werden, die Gewaltanwendung nicht grundsätzlich ausschließen.



Olof Palme auf einer Kundgebung im Jahre 1968

Sicherheit kann nicht mehr „errüstet“ werden; Bedrohungen durch andere Staaten können nicht „weggerüstet“ werden.

Sicherheit kann auf Dauer nur gewährleistet werden, wenn es gelingt, die materielle Kriegsgefahr zu reduzieren – durch Rüstungskontrolle und -begrenzung, vor allem aber durch gegenseitige, vertraglich vereinbarte Abrüstung.

Sicherheit unter nuklearen Gegnern kann letztendlich nur auf der Basis kooperativer Verhandlungslösungen für alle sicherheitsrelevanten Fragen erreicht werden; das hat neben politischen und militärischen auch wirtschaftliche, ökologische und gegebenenfalls weitere Dimensionen.

Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen!

Ziel sollte die Errichtung einer neuen Europäischen Friedensordnung (unter Einschluss Nordamerikas) sein. Dass dabei um die Sowjetunion kein Bogen gemacht werden könne, ja dürfe, war seinerzeit völlig unstrittig und schlug sich 1990 in der Charta von Paris der KSZE-Teilnehmerstaaten nieder. Bekanntlich ist diese Charta nicht umgesetzt worden.

Natürlich kommt eine Wiederaufnahme derartiger Überlegungen derzeit – je nach Standpunkt – viel zu spät oder viel zu früh. Denn jetzt ist die Stunde zahlloser westlicher Politiker und Medien, die den 24. Februar 2022, den Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine, zur Zeitenwende, quasi zur Stunde null unserer künftigen Beziehungen zu Russland, ja der Weltentwicklung erklärt haben und scharfe Konfrontation gegenüber Moskau als Königsweg predigen. Und in Russland dominiert ein sicherheitspolitisches Denken, das Konflikt zum Nonplusultra erklärt und für Kooperation keine Ansätze mehr sieht. Trotzdem ist kaum von der Hand zu weisen, so Gabriele Krone-Schmalz, „dass die NATO-Osterweiterung und die Missachtung russischer Sicherheitsinteressen durch den Westen stark dazu beigetragen haben, dass wir uns heute einem Russland gegenübersehen, das uns als Feind betrachtet und sich auch so verhält“. Dies westlicherseits nicht zu verdrängen und die Erkenntnisse der Palme-Kommission dem Vergessen zu entreißen ist gleichwohl essentiell – im Hinblick auf den Moment (wie fern auch immer er sein mag), in dem sich die Frage eines Neuanfangs mit Russland stellt. Ähnlich fatale Fehler wie in der Vergangenheit sollten dann nicht wiederholt werden. 🌐

*Dieser Kommentar vervollständigt den vorhergehenden
des Autors in WeltTrends Nr. 190 (August) 2022.*



Dr. sc. Wolfgang Schwarz

geb. 1952, Politologe und Publizist zu sicherheitspolitischen Fragen (Rüstung, Abrüstung, NATO, Russland) sowie Mitglied des Redaktionsteams des Online-Magazins „Das Blättchen“

dr_wolfgang_schwarz@online.de

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn, Kurt
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf
www.das-blaettchen.de